



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920**

67 (10.2.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-189924](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-189924)



heber des Brandes von Cambrai sein. General Kluck soll wegen Todesurteile gegen französische Bürger in Senlis ausgeführt werden. Generalfeldmarschall v. Mackensen wird von den Seiden beschuldigt, Belgien nach der Einnahme fünfzehn Tage lang der Plünderung überlassen zu haben. Bethmann-Hollweg soll sich auf Verlangen der Belgier verantwortlich machen wegen eines „Anschlages auf die Souveränität des belgischen Staates“, wegen der Deportation belgischer Funktionäre. Der Großherzog von Hessen wird beschuldigt, für die Plünderung des Schlosses Rogencourt verantwortlich zu sein. Und Großadmiral Tirpitz soll schuldhaft auf der Liste wegen des uneingeschränkten U-Bootkrieges. Die Foten erkeben in einem Falle Anklage wegen Einflüsterung einer Synagoge. Neben der namentlichen Auslieferungsliste gibt es auch noch eine, die keinerlei Namen enthält. In dieser „Liste von Romination“ werden nur die „Verbrechen“ genannt. Die Namen der Täter werden nicht angegeben. Nach dieser Liste nehmen sich die Alliierten das Recht, eine beliebige Anzahl von Personen für diese angebliche Straftaten einzufordern und abzurufen. Diese Liste soll offenbar die Bestimmung des Friedensvertrages veranlassen, wonach auch die Personen zur Verantwortung gezogen werden können, deren Namen noch nicht bekannt sind.

**Rundgebungen.**

**Aus Würzburg** wird uns geschrieben: Am Sonntag fand hier im Hüttenhof Garten eine überaus stark besuchte Einspruchsversammlung gegen die von der Entente geforderten Auslieferungen statt. Die Hauptrede hielt Bürgermeister Grießer, der das Ansinnen unserer Feinde, die eigenen Volksgenossen auszulieferen, mit kammenden Worten zurückwies und die Versammlung aufforderte, sich geschlossen vor ihre von diesem Ansinnen getroffenen Mitbürger zu stellen. Regierungspräsident v. Henle priest die Tat des Herrn v. Lerener und bezeichnet es als unsere einzige Schuld, daß wir den Krieg verloren haben; alles andere sei kauder Zauberei. Redner aller Parteien, ferner Vertreter der Reichswehr, der Lehrer- und Beamtenvereine usw. sprachen im gleichen Sinne. Eine Entschliessung, die mit kraftvollen Worten die Zustimmung unserer Feinde als unuerträglich mit der deutschen Ehre abweist, fand einstimmige Annahme.

**Berlin, 10. Februar.** (Von unserem Berliner Büro.) Der Rektor der Berliner Universität Eduard Meyer hat auf Wunsch aller Parteien der Studentenvertretungen die Schließung sämtlicher Berliner Universitätsinstitute angeordnet. Heute mittag um zwölf Uhr findet im Vorgarten der Universität eine große Protestkundgebung gegen die Auslieferungsnote der Entente statt, an der auch die übrigen Hochschulen teilnehmen werden.

**Lerener in Berlin.**

**Berlin, 10. Februar.** (Von unserem Berliner Büro.) Der deutsche Geschäftsträger Dr. Wagner begibt sich heute nach Paris. Er hat gestern längere Zeit mit dem Kanzler und dem Minister des Auswärtigen konferiert. Minister Müller empfing gestern den Freiherrn von Lerener, der ihm Bericht erstattete über den letzten Teil seiner Tätigkeit in Paris.

**Deutschlands Bereitschaft zur Erfüllung des Friedensvertrages.**

**Berlin, 9. Febr.** (M. B.) In einer dem Berliner Vertreter der „Chicago Tribune“ gemachten Unterredung bewährte sich Reichsminister Hermann Müller mit großer Entschlossenheit gegen die in der Ententepresse immer wieder aufgestellte Behauptung, daß Deutschland den Friedensvertrag nicht erfüllen wolle und bisher so gut wie nichts leistete. Der Minister bezeichnete diese Behauptung als grob und unrichtig. Er versicherte, daß man sich nicht genügend klar darüber sei, welche ungeheure Verpflichtung aus dem Waffenstillstand und Friedensvertrag Deutschland bereits erfüllte. Er bemerkte, daß Frankreich mit der Bezahlung seiner 4 Milliarden Mark betragslosen Kriegsschuld nach dem Krieg 1870/71 in weniger als drei Jahren die Bezahlung der Welt erregte, und verpfligt damit Deutschlands bisherige Leistungen, wobei er darauf hinwies, daß es für die richtige Bewertung derselben natürlich nicht darauf ankomme, was davon nach dem Friedensvertrag an die restliche Welt 1921 zu bedende 20 Milliarden als Wiedergutmachung zu rechnen sei, sondern darauf, um wieviel das deutsche Volk vermögen sich durch die Leistungen verpflichtet. Nach Schätzungen der deutschen Generalstabes, fuhr der Minister fort, sind bisher folgende Leistungen bewerkstelligt worden: 1. Sorgbrücken mit 100 Millionen Goldmark, 2. die Liquidation deutscher Unternehmensgruppen im Ausland auf 12.000 Millionen Goldmark, 3. das Reichs- und Staatsvermögen in den abgetrennten Gebieten 600 Millionen Goldmark, 4. die Handelsflotte 8250 Mill. Goldmark, 5. die Naturalleistungen a) an Kohlen 240 Millionen Goldmark, b) an Weizen 150 Millionen Goldmark, c) an Eisenbahnmateriale 750 Millionen Goldmark, d) an Rohöl 66 Millionen Goldmark, 6. das zurückgelassene Staats- und Herrschaftsvermögen, soweit es nicht unmittelbare Kampfmateriale ist 7000 Millionen Goldmark, 7. die abgezogenen Kosten für die Befahrungsbere 600 Millionen Goldmark.

Die Summe dieser Leistungen beträgt 30.725 Millionen Goldmark. Dergleichen kommen die bereits begonnenen aber noch nicht abgeschlossenen Leistungen im Werte von 30 Millionen an Sachstoffen im Werte von 100 Millionen Goldmark sowie unsere Forderungen gegen Österreich, Ungarn, Bulgarien und die Türkei, im Werte von 7000 Millionen Goldmark. Dabei ist ausdrücklich hervorzuheben, daß die meisten der zurückgelassenen Werte und Bargelder, namentlich die belgischen Depots, Offizien usw. im Werte von 4800 Millionen nicht einlösliche sind.

Der Minister betonte, daß die vorstehenden Zahlen mit großer Vorsicht aufgestellt seien und deshalb die der Welt durch Deutschland durch Liquidationen nur mit 12 Milliarden erzielten Leistungen auf 30 Milliarden geschätzt wurde. Er schloß: Wer die Zahlen unbefangenen prüft, kann unmöglich leugnen, daß Deutschland schon jetzt bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit bestrebt ist, den durch den Krieg entstandenen Schäden wieder gut zu machen. Wir sind auch weiter bereit nach Kräften zu leisten, aber Voraussetzung dafür ist die Aufrechterhaltung und Stärkung der eigenen Volkswirtschaft. Eine verstärkte Volkswirtschaft kann nicht die schweren Kosten der Wiedergutmachung erkräften. Die deutsche Volkswirtschaft braucht dringend Kredit und Rohstoffe.

**Die Rheinlandsbewegung.**

**Aus der Pfalz, 7. Febr.** Gegen die in der rechtsrheinischen Presse verbreitete Nachricht, daß die pfälzischen Anhänger der rheinischen Volkereinigungsbewegung mit den Separatisten hiesiger Kultur gemeinsame Sache machten und ein entscheidender Schritt bevorstehe, wendet sich der als Führer in dieser Angelegenheit bezeichnete Kaiserliche und Reichsanwalt Justizrat Dr. Wadlinger in einer scharfen Erklärung. Er weist die ihm unterstellte Absicht der Unterjochung irgendwelcher separatistischer, auf Auflösung der Pfalz oder sonstiger Teile des besetzten Gebietes gerichteter Bestrebungen weit von sich ab. So wie er und seine Anhänger mit den hiesigen nichts zu tun haben wollten, hätten sie auch für andere, das gleiche Ziel anstrebende Pläne nur Verachtung übrig. Die Reuegliederung, die im Rahmen der Reichsverfassung ihm und seinen Bestimmungsgenossen vorzuschwebt, sei als eine den natürlichen Zusammenhängen Rechnung tragende Bedacht. Die Tatsache, daß dies sich nicht auf geschlossenen Boden vollziehen müsse, habe ihn von jeher zum Gegner der Dortenschen Rich-

tung gestempelt. Im gleichen Atemzuge aber erklärt der Zentralmann, er glaube nicht einmal, daß Dorten auf eine gewalttätige Lösung seiner Idee hinauswolle. Man sieht, wie unklar selbst bedeutende Leute der Rheinlandsbewegung sind. Mit Recht bedeutet die Pfälzer Zeitung, das älteste und angesehenste Zentralblatt der Pfalz, daß das Verlangen der Rheinischen Volkereinigungs, der Dr. Wadlinger zwar nicht als Mitglied angehören will, aber doch politisch sehr nahe stehe, nach Schaffung einer eigenen Volksvertretung für das gesamte besetzte Gebiet mit allen parlamentarischen Rechten bei der hohen Kommission in Koblenz in weltlichen Kreisen als ein Schritt gedeutet werde, dessen Ende der neutrale Pufferstaat, also die Losreißung des linken Rheinufers vom Reich sein könnte. Und sie weist als gute Kennerin der Volkswirtschaft — kein anderer als der alte Kampf Dr. Jaeger dürfte der Verfasser des Artikels sein — darauf hin, daß diese Bestrebungen auch schon den Gedanken der Rheinischen Republik schwer geschädigt habe und dieser Gedanke bei einer allseitigen Volksabstimmung zweifellos das entscheidende Wort zu Ungunsten dieser Bestrebungen in die Waagschale fallen würde.

**Aus der Pfalz, 9. Febr.** Nach mehrmonatlicher Dauer hat endlich der Chef der französischen Revolververwaltung, Oberst de Weh in Spener, das über den Landtagsabg. Prof. Ludwigshafen verhängte gewisse Redeverbot in öffentlichen Versammlungen aufgehoben. Anlaß dazu dürfte wohl die Denunziationen der Sachverständigen und sein freiwilliges Eintreten für die nationale Sache anlässlich der Bestämpfung dieser vaterlandsverräterischen Bewegung gegeben haben.

**Die Lage im Osten.**

**Die ukrainischen Friedensbedingungen.**

**London, 9. Februar.** (Eig. Drahtbericht.) Aus Odessa wird gemeldet: Der ukrainische Gesandte stellte der russischen Sowjetregierung folgende Friedensbedingungen:

1. Rußland anerkennt die Unabhängigkeit der Ukraine und ihre demokratische Regierung.
2. Die Ukraine gesteht das Vorhandensein der ukrainischen Kommunistenpartei zu, ohne ihr jedoch das Recht zuzugestehen, nach der alleinigen Herrschaft zu streben.
3. Rußland anerkennt die Neutralität der Ukraine.
4. Rakowski, der gegenwärtig in Kiew herrscht, wird abgesetzt und durch andere ukrainische Männer, wie z. B. Maschepa, ersetzt.
5. Der Austausch von Waren zwischen Rußland und der Ukraine wird aufgenommen.

**Der Prozeß Erzberger-Hefferich.**

Die Zeugenbefragungen von August Hoffen leitet.

**Berlin, 9. Februar.** Der Berichterstatter des Reichstages hat in seinem Schlußbericht demnächstigen Zeugen Dr. August Hoffen sen. Der Zeuge behauptet, er habe vor etwa 10-12 Jahren den Hrn. Erzberger kennen gelernt und ihn als einen überaus fleißigen und intelligenten Mann beurteilt. Er habe es für richtig gehalten, mit einem Abgeordneten des Reichstages in Verbindung zu treten; er habe das unwohlwollend getan, als er von Erzberger habe, daß seine Interessen vernachlässigt werden könnten. Aus diesem Grunde habe er Herrn Erzberger gebeten, sich seiner Sache anzunehmen. Nach Ausbruch des Krieges seien die Unterredungen, die er mit Herrn Erzberger gehabt habe, immer häufiger geworden. Er sei ihm schließlich persönlich erschienen, um den Rat und die Tätigkeit des Hrn. Erzberger unentgeltlich in so ausgiebiger Weise in Anspruch zu nehmen. Bei einer Unterredung habe er hoher Herrn Erzberger erklärt, daß er die Absicht habe, ihm eine Nachbatterstelle anzubieten, und habe ihm gesagt, daß ihm 40.000 M. als eine angemessene Entschädigung für die Tätigkeit erlöshen. Er habe Herrn Erzberger ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß er ihn hätte, falls ihm die Summe zu gering sei, ihm das zu erklären. Herr Erzberger habe aber eine solche Erklärung nicht abgegeben. Daraufhin sei dann Herr Erzberger in dem Kalligraphen gewohnt worden. Es kam nicht die Rede davon, daß Herr Erzberger die 40.000 M. für eine bestimmte Tätigkeit erhalten sollten oder daß Herr Erzberger als Angehöriger der Hoffen-Konzerne angestellt werden könnte. Es sei richtig, daß Herr Erzberger sich mit Bezug auf seine politische Tätigkeit vollkommen freiheitlich verhalten habe. Im Beginn der Revolution sei der Hrn. Erzberger mit dem Gesagen der Absicht gewesen, daß Lang und Herr Erzberger gemeinsam, wie bei überaus fleißigen Mitarbeiterleistungen über verschiedene Angelegenheiten im und Herrn Erzberger beschäftigt hätten. Diese Vermögensverhältnisse hätten schließlich den Inhalt gegeben, die engen Beziehungen zu Erzberger zu lösen. Er hätte es unüberwindlich gern gesehen, wenn Herr Erzberger im Reichstag gelassen wäre, aber es sei nicht möglich gewesen, vor allen Dingen wegen seines Beschäftigtes zur Reichsversammlung. Er habe deshalb an den Abgeordneten Erzberger einen persönlichen Brief geschrieben, in dem er ihm seines Standpunktes auseinandergesetzt habe und in dem er auch zum Ausdruck gebracht habe, daß es ihm eine gewisse Achtung abginge, daß Herr Erzberger seine politische Stellung in seiner Weise durch Wählern auf seine Stellung als Reichstagsmitglied der Hoffen-Konzerne habe irgend wie beeinflussen lassen. Dann sei Herr Erzberger aus dem Reichstag ausgeschieden.

Darauf wird der Geschäftsführer des Verbandes der deutschen Stahl- und Eisenindustrie, Dr. Weichert, vernommen. Der Zeuge sagt aus, daß er als Geschäftsführer des Verbandes der deutschen Stahl- und Eisenindustrie auch mit der Durchführung der Propaganda für den Versuch beschäftigt gewesen sei. Im Juni 1917 habe in Düsseldorf eine Sitzung stattgefunden, in der das Programm zur Durchführung seiner Propaganda zur Förderung der Eisen- und Stahlindustrie mit Material aufgestellt werden sollte. In einer früheren Versammlung sei ihm aufgefallen, daß Herr August Hoffen, der früher als Geschäftsführer der Rheinischen Eisenwerke tätig war, Mitglied mit einem anderen Geheimindustriellen am selben Standpunkt sei. Er habe diese eigenartige Tatsache darauf zurückgeführt, daß von Herrn Erzberger ein Programm aufgestellt werden sollte, das die gemeinsamen Interessen aller Eisenindustriellen sicherstelle. Das Programm werde darauf abzielen, daß die Rheinische Eisenwerke in der Pfalz verstaatlicht werden sollten, die die Rheinische Eisenwerke der Rheinischen Eisenwerke als für das Wohl des Vaterlandes von großem Wert angesehen hätten. Der Hrn. Erzberger habe es übernommen, für die Propaganda in der Rheinischen Eisenwerke zu wirken. Die Propaganda sei immer gewesen, daß Lang und Herr Hoffen den Deutschen Reich gestiftet werden. Herr Erzberger war der Vater der Propaganda. Das Programm für die Propaganda habe von Herrn Erzberger.

Der nächste Zeuge, Ministerialdirektor von Schöndede, war Minister im Reichstag des Jahres 1917 Lang und Weichert. Er erklärte auf die Frage, ob Herr Erzberger ihm gegenüber als unehrlich bezeichnet habe, zunächst nicht aus dem Grunde, daß Erzbergs die Rede gehalten. Die Frage einer eventuellen Klage kam erst 1918 in ein erstes Stadium. Bei der Frage, ob er die Klage gewonnen habe, daß Erzberger sich nur von finanziellen Interessen des Hoffen-Konzerns leiten ließ oder auch von patriotischen Bestrebungen, erklärte der Zeuge, er hätte dem Erzberger behauptet, daß Erzberger von der Klage gelöst werden war, die Erzberger im Jahre 1917 zu hören.

Herr Geheimrat Focke befragt auf die Frage, ob Erzberger, daß sich Hoffen gegen das Projekt der Zusammenfassung der gesamten Industrie gewandt und daß Erzberger sich ebenfalls in diesem Sinne betätigt. In der Frage der Liquidation des Hoffen'schen Reiches, wenn schließlich für eine vorläufige Lösung war, trat Erzberger für ein solches Tempo ein. Hoffen'sche Bemerkung hier: Das war doch wohl vor dem Ausbruch Erzbergs aus dem Hoffen'schen Konzern. Später ist eine scharfe Veränderung in der Haltung Erzbergs eingetreten. Der Zeuge schloß mit:

Herr Dr. Ellgauer hat auf die Frage, ob nach seiner Meinung die Trennung Hoffens von Erzberger auf Anregung Hoffens erfolgt sei, nicht eingetreten. Hoffen wolle sich von Herrn Erzberger trennen, da er die verminderte Anteil Erzbergs nicht billigen konnte. Die Verhandlung wurde sodann auf Dienstag Vormittag vertagt.

**Die Ernährungfrage.**

Der Reichswirtschaftsrat zum Ernährungs-Wirtschaftsplan. Der Reichswirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium beschloß heute sich am Samstag mit dem von der Ernährungsabteilung des Reichswirtschaftsministeriums aufge-

stellten Wirtschaftspläne für das Eintragsjahr 1920. Von allen Seiten wurde anerkannt, daß die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide bis auf weiteres notwendig ist. Im allgemeinen war man sich darüber einig, daß der Hafer in die Zwangsbewirtschaftung wieder einbezogen werden muß. Auch ein völliger Abbau der Kartoffelbewirtschaftung kommt vorläufig nicht in Frage. Die Festlegung von Mindestpreisen für die nächste Ernte würde als notwendig anerkannt. Ueber ihre Höhe, sowie über die Art, wie die Bewirtschaftung der Kartoffeln erfolgen soll, werden zwischen den einzelnen Organisationen noch Verhandlungen geführt. Der Wirtschaftsrat wird zu dieser Frage in einer neuen Sitzung am 18. Februar endgültig Stellung nehmen. Bei allen Verhandlungen und Besprechungen der letzten Tage hat es sich bisher lediglich um vorbereitende Arbeiten gehandelt, um Ausfragen vorbereitender Natur mit den in Betracht kommenden Behörden, Körperschaften, Interessenten- und Sachverständigenkreisen zu dem Zweck, die Beschlüsse vorzubereiten, welche nunmehr von der Regierung zusammen mit dem Reichsrat und der Nationalversammlung zu fassen sein werden. Wichtige Beschlüsse liegen noch nicht vor.

**Unsere Fleischversorgung.**

**Rh. Offenburg, 8. Febr.** Eine unter dem Vorsitz des Herrn Stadtrats Koch-Heidelberg stattgehabte Obermeisterversammlung der Badischen Fleischer-Innungen, beschloß sich mit den trübseligen Zuständen unserer Fleischversorgung. Man war einmütig der Ansicht, daß bessere Verhältnisse erst nach längerer Zeit und nur dadurch herbeigeführt werden können, daß der Landwirtschaft Schicksalsteilnahme zugestanden werden, welche den derzeitigen Gesehungskosten, insbesondere der Erhöhung der Futtermittel, der Löhne und der Kosten der Lebenshaltung des Viehhaltes entsprechen. — In Bezug auf den Abbau der Zwangsbewirtschaftung hatte sich der Vorstand des Deutschen Fleischvereins auf dem Standpunkt gestellt, daß der Handel mit Schweinen, Rindern und Hammeln freigegeben, dagegen die Zwangsbewirtschaftung des Gesehleses beibehalten werden solle. Unter den badischen Fleischermeistern gehen jedoch die Meinungen darüber auseinander: die Mehrheit der Versammlung war der Ansicht, daß vorläufig die Zwangsbewirtschaftung auch bezüglich des Kleinviehes nicht aufgehoben werden könne, da andernfalls eine Massenabholzung des Viehes und damit eine bevorstehende Schädigung unserer Viehhaltung zu befürchten sei. — Die Überlassung eines Teils des Häutenmehrerlöses an die Kommunalverbände hätten die badischen Fleischer-Innungen nicht für gerechtfertigt. Sie sprachen sich vielmehr dafür aus, daß etwa 10 Prozent des Mehrerlöses dem Landwirt und etwa 10 Prozent dem Metzger überlassen werden sollen. — Mit Rücksicht auf die erhöhten Gesehungskosten und die Verteuerung der Lebenshaltung hielt die Versammlung eine Erhöhung des Rohpreises des Metzgers auf 60 bis 80 Pf. pro Pfund Fleisch für unbedingt notwendig. Schließlich wurde beschlossen, eine Kommission zu ernennen, welche mit Vertretern der Landwirtschaft und der Rohstoffindustrie über die Neuregelung der Fleischversorgung verhandeln soll.

**Baden.**

**Arbeitslosigkeit und Teuerung.**

Vor einigen Tagen hielten die christlichen Gewerkschaften Badens in Offenburg eine Konferenz ab, in der neben anderen Fragen auch unsere Arbeitslosigkeit in der Höhe stehenden Preisen für alle Bedenksamen zur Sprache kamen. Nachfolgende Entschliessung wurde gefaßt:

Es in Offenburg laufende Konferenz der Vertreter der christlichen Gewerkschaften Badens stellt mit Bedauern fest, daß der wirtschaftliche Notstand und die Teuerungslage es nicht zulassen hat, die Lebensnot der arbeitenden Bevölkerung zu beseitigen, und die Einkommensverhältnisse des arbeitenden Volkes entsprechend eine gesünderes Verhältnis herzustellen. Die Entlastung der Preise der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel hat Formen angenommen, deren heutige Entschliessung in keiner Weise entspricht. Das Einkommensminimum ist bei diesen Schicksalen unserer Arbeit nicht mehr erreichbar, die daraus entstehenden Folgen sind unübersehbar. Die Vertreterkonferenz fordert aus diesem Grunde die Arbeitervereine auf, die anknüpfende Solidarität über die Lebensmittelpreissteigerung auf dem schärfsten Wege durchzuführen. Die Bevölkerung würde sich dadurch ein gerechtes Urteil bilden und zu der Erkenntnis kommen, daß die heutige Höhe der Entschliessung in keiner Weise den arbeitenden Lebensbedürfnissen entspricht. Die Vertreterkonferenz ist daher der Meinung, daß unruhige Kräfte, Arbeitgeber und Volkswirtschaftlern auf dem schärfsten Wege in den einzelnen Teilen des Reiches Wirtschaftskämpfe erheben müssen, in denen die Arbeiter und Arbeitervereine der Waren und Lebensmittelpreise entgegen und dementsprechend wirkliche Verbesserungen über die notwendige Lebenshöhe der Bevölkerung unterbreitet werden. Die Vertreterkonferenz fordert alle Berufsverbände der christlichen Arbeiterschaft Badens auf, soweit noch nicht geschehen ist, mit der Forderung auf Grund der wirtschaftlichen Lage der Arbeitervereine an die Arbeitgeber heranzutreten und auf der Durchsetzung ausdauernder Beharrung zu bestehen. Im Interesse der Arbeiter der Arbeitslosigkeit ein einigermassen erhebliche Maßnahmen unserer untere dem Reichswirtschaftsrat vorzuschlagen, ermahnt sie den Reichswirtschaftsrat, die notwendigen Entschliessungen, die unklar sind, als bald in die Arbeit zu geben und das Volkswirtschaftern gütlich wird.

**Letzte Meldungen.**

**Amerika und der Friedensvertrag.**

**Washington, 9. Februar.** (Eigener Drahtbericht.) Der Brief Wilsons an den Senator Hitchcock kennzeichnet die letzte Phase im Kampfe um die Ratifikation des Friedensvertrages. Der Vortrag ist nunmehr, soweit er Amerika betrifft, zur Nichtannahme verurteilt. Es handelt sich nun noch darum, ob er im Senat in der durch die dem Präsidenten irru gebildeten Demokraten geschlossenen Sachfrage akzeptiert wird, oder ob er, nachdem er mit geringer Mehrheit ratifiziert worden ist, was noch eine Spaltung im demokratischen Lager zur Voraussetzung hat, schließlich vom Präsidenten zurückgegeben wird, um ihn dem Volke bei der nächsten Präsidentenwahlkampagne zur Entscheidung vorzulegen. Es darf nun nach dem Brief des Präsidenten an Hitchcock, in welchem er versichert, er nehme nur rein interpretative Vorbehalte an und widersehe sich dem Vorschlag Rodgers bezüglich des Artikels 10, mit Bestimmtheit angenommen werden, daß sich eine Spaltung in der demokratischen Partei vollziehen wird. Ob dann Wilson die Ratifikation übernimmt, kann nicht vorausgesetzt werden, da er in der demokratischen Partei mehr geschätzt als geliebt wird.

**Ankunft der Flammberichtigten in Schleswig.** Flensburg, 9. Februar. (M. B.) Der Empfang der Stimmberechtigten, die im Abstimmen der Wahl mehr in Sonderzügen aus dem Reich in der ersten Zone eintriften, war überaus begeistert. Besonders in Apenrade und Tondern herrschte großer Jubel über die Ankunft der deutschen Brüder und Schwestern aus dem Süden.

**Die Besetzung Danzigs.**

**Danzig, 9. Februar.** (M. B.) Heute nachmittag traf das Gros des englischen Besatzungsbataillons hier ein. Der bisherige Kommandant der englischen Besatzungstruppen, General Halling, übersiedelte nach dem Generalkommando, auf dem jetzt die englische Flagge weht. Am 12. Februar wird ein französisches Bataillon erwartet, das in Reufahrwasser stationiert wird.

### Aus Stadt und Land.

#### Demonstrationsversammlung.

In der Demonstrationsversammlung des Reichsbundes der Kriegsgeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen hielt Kamerad Klingenberg das Referat. Er wies eingangs seiner Ausführungen darauf hin, daß sich die Preise für die rationierten Lebensmittel um das Fünffache erhöht hätten, daß die Löhne der Arbeiter und Angestellten nicht mehr den 4-fachen des Friedensdurchschnittes steigen mußten, um ihnen ein bescheidenes Dasein zu garantieren. Die Rentner der Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen trügen dieser Teuerung auch nicht in mindelstem Rechnung. Sie stülten sich, führte der Redner aus, auf das Mannheimer Versorgungsgesetz von 1906. Ein Mann mit 10 Proz. Erwerbsbeschränkung erhält pro Monat 30.45 M. inkl. der Zulagen vom Juni und Januar. Ein Prozent der heutigen Durchschnittslöhne würde aber 80-85 Mark monatlich ausmachen. Der 50 Proz. Erwerbsbeschränkte bekommt 24 M. monatlich, 65% Proz. 105 M. und 100 Proz. 147 M. Bei Vermählungen kommen bei den Kriegswitwen monatlich noch 27 M. Zuschüsse hinzu. Eine Verhinderung des Offiziersdaseins wird mit 75 M. monatlich gewertet. Außerdem erhält der Offizier noch eine monatliche Kriegszulage von 100 M. Es ist ein jämmerlich unglückseliger Standpunkt, den man Männer, die für die gleiche Sache gekämpft, nach dem Dienstreise verlor. Die Not ist bei den Kriegsgeschädigten zusehender. Noch schwerer aber drückt sie die Kriegshinterbliebenen. Die Kriegswitwen erhalten monatlich 67.75 M., d. h. täglich 1.92 M. Eine Kriegswitwe mit 4 Kindern bekommt 153.05 M. monatlich oder 5.10 M. täglich, mit 6 Kindern 186.65 M. monatlich oder 6.22 M. täglich, mit 8 Kindern 220.25 M. monatlich oder 7.34 M. täglich. Kriegswitwen erhalten ganze 35 M. monatlich. Es ist die elendichste Art, daß sich das deutsche Volk seiner Verpflichtung den Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen gegenüber entsinne. Als wir im August vor 3. Wirtschaftskrisis forderten, setzte das 12. Kabinett zunächst mit dem Hinweis auf die finanzielle Situation des Reiches ab. Schließlich ist es gelungen, eine Reichsbanknote von 100 Millionen herauszugeben. Das ist aber an sich der bittere Tod, die in unseren Kreisen herrscht, bei welchen nicht ausreichend gewesen. Mit den wirtschaftlichen Darstellungen ist den Kriegswitwen nicht beholfen, sie müssen nun endlich Leuten sehen. Redner formuliert dann die Forderungen des Reichsbundes wie folgt: Eine einheitliche Wirtschaftsbeihilfe an alle Kriegshinterbliebenen und Kriegsgeschädigten, sofortige laufende Erhöhung der Renten, Hebung der Mittel der Nationalkassa und Verwendung unter Berücksichtigung der Kriegshinterbliebenen, sofortige Verabschiedung und Durchführung des Gesetzes über den Arbeitslosenversicherung, unverzüglich die notwendige Regelung der laufenden Teuerungszulagen. Außerdem sollte zu regelnder Minderverteilung der Kriegsgeschädigten, Verdreifachung der Zuschüsse, verstärkte Handhabung der Fürsorgepflicht seitens der angestellten Arbeiter und Arbeiterinnen.

In der sehr lebhaften Aussprache fand die Not, die unter den Kriegsgeschädigten, namentlich aber unter den Kriegshinterbliebenen herrscht, einen erschütternden Niederschlag. Müttern aus das Elend den Mut, einmal von der Not ihrer Familie zu reden. Sie haben ihre Kinder dem Verkommen preisgegeben, wissen nicht, wo ihrem Geld sie sie kleiden sollen, oder müssen sie den Gefahren der Straße oder dem Einfluß fremder Leute preisgeben, wenn sie selbst tagaus, tagein arbeiten gehen wollen, um wenigstens soviel zu verdienen, daß es ihnen möglich wird, mit ihren Kindern ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Die Kriegsmütter appellierten an die Menschlichkeit, an das soziale Empfinden unserer Regierung, Volksvertreter und des Volkes selbst, sie erinnerten an die Versprechungen, die ihnen die Kriegsjahre hindurch gemacht wurden, verlangten, daß sie nicht dafür, daß sie ihre Männer opfereten, nun auch noch bestraft sein sollen, sondern über unvollständiges Benehmen der Fürsorgebehörden und Forderungen der Kriegsgeschädigten auf, ihnen beizustehen im Kampfe um ihre Existenz, da sie allein zu schwach seien. Die Kriegsgeschädigten warfen sich in der Hauptsache zum Anwalt der Kriegswitwen und wählten auf. Starke Entschlossenheit kam darüber zum Ausdruck, daß es in der Verfassung heute im angeblich loyalen Staat noch zweierlei Menschen gebe, erstens wurde, daß von den einzelneben Stadtverordneten und Beamten niemand erschienen. Unter Teilnahme einiger Fälle tatsächlichen Benehmens seitens Fürsorgebeamten wurde verlangt, daß diese weniger mit Zug und Ohr als mit dem Herzen arbeiten sollten und schließlich wurde auch darauf hingewiesen, daß für andere Dinge im Reich genug vorhanden sei. Die Versammlung schloß mit der einstimmigen Annahme nachstehender Entschlüsse:

Die im Kaufsaal des Hofgartens zu Mannheim am 9. Februar tagende Demonstrationsversammlung anläßlich der unzureichenden Rentenversorgung, die von Kriegshinterbliebenen und Kriegsgeschädigten befehligt ist und an der Vertreter der Arbeiter, Stadtverwaltung und Presse teilgenommen, fordert auf das Wiederholte die sofortige Bewilligung der aufgestellten Forderungen, damit wir nicht noch größerem Elend anheimzufallen. Wir dringen auf die Erfüllung der ungenutzten Versprechungen und betreiben insbesondere auf die Höhe des Reichspräsidenten Gehalt anläßlich der Totenfeier des Reichsbundes im Jahreslauf. Der Vorleser wurde durch den Reichspräsidenten Gehalt anläßlich der Totenfeier des Reichsbundes im Jahreslauf. Der Vorleser wurde durch den Reichspräsidenten Gehalt anläßlich der Totenfeier des Reichsbundes im Jahreslauf.

#### Fritz Klimsch.

Professor Fritz Klimsch vollendet am 10. Februar sein fünfzigstes Lebensjahr, ein Bildhauer, der schon so lange in der Reihe der ersten Künstler genannt wird, und von dem man eine solche Fülle schöner Werke besitzt, daß man ihn beinahe für älter halten möchte, wenn man nicht durch die jugendliche seiner Schöpfungen genötigt wäre, ihn unter die Führer der Jugend einzureihen. 1870 in Frankfurt a. M. als Sohn des Malers Georg Klimsch geboren, wurde er in Berlin Schüler von Schaper und Herber und erlangt mit 24 Jahren den großen Staatspreis. In Paris und Wien vollendete er seine Studien, um sich dann 1895 in Charlottenburg niederzulassen. Vor allem wird sein Name an das Berliner Denkmal für Rudolf Virchow geknüpft bleiben, in dessen mehrteiliger Geschichte Klimsch neben künstlerischen noch andere gute Eigenschaften zu bewahren wußte. Prinzipienstreue, Geduld und Edelmut. Da auch Edelmut, denn auf dem Meißel, das das Denkmal schmückt, erscheinen neben Virchow, der umgeben von seinen Mitarbeitern und Freunden ist, und Waldener, der sich dafür eingesetzt hatte, daß der Entwurf von Klimsch auch ausgeführt wurde, auch seine besten Gegner, so der alte Langenscheidt und Ernst von Bergmann, die beide gleich der Familie Virchow durchaus nicht damit einverstanden waren, daß man auf eine körperliche Darstellung des Forschers verzichtete, und alles daran setzten, daß der Entwurf von Klimsch nicht ausgeführt würde. Von den übrigen zahlreichen Werken des Meisters seien nur erwähnt: Die Salome in der Sammlung Rudolf Hoffe, die Bronzestatue in der National-Galerie, das Mädchen mit dem Spiegel in der Königl. Porzellanmanufaktur, die Doro in der Wacker-Museum, das Mädchen beim Einsteigen in den Südlichen Infanterie in Frankfurt a. M. Vor allem aber ist er auch Meister der Porträtskulptur. Rudolf von Emsel, Heinrich Brunner, Otto von Guericke, Graf Wolodowski, Wagners und andere sind Werke des Meisters, der als Nachfolger von Weges in die Akademie berufen wurde. Die letzten bedeutenden Werke von Klimsch sind die vier überlebensgroßen Bronzengruppen für den Sitzungssaal des Deutschen Reichstages gewesen. Wie Meister Klimsch in seinem künstlerischen Leben nur Freuden und Erfolge hatte, so sind ihm freilich im privaten Leben nicht Weiden erspart geblieben. Einen Sohn raubte ihm der Krieg; ein anderer Sohn hat unter großen Gefahren sich aus der russischen Gefangenschaft zu befreien gemußt.

#### Aus dem Mannheimer Kunstleben.

(König-Schumann-Abend H. C. Schild.) Die gebirgige Vortragsreihe, die den musikalischen Geschmack der Mannheimer in der letzten Zeit beherrschte, Sopran-Motette „Ersalate jubilate“ (Komponiert im Januar 1773 in Mailand) und eine Arie aus der in Salzburg

#### Beamtengehälter.

Vom Verein städtischer Beamten Mannheim wird uns geschrieben: Die in kurzen Zeitabständen wiederkehrenden Vorlagen im Landtag und in den Stadiparlamenten, die sich mit den Gehaltsverhältnissen der Beamten beschäftigen, fallen bei einem Teil der Bevölkerung die Meinung auskommen, daß für die Festbesoldeten ausreichend, vielleicht sogar sehr ausreichend gefordert werde. Da erscheint es keine müßige Aufgabe, etwas genauer zu untersuchen, wie es sich mit der Befolgung der Beamten verhält. Es ist bekannt und wird auch von keiner Seite bestritten, daß das Einkommen der Beamten vor dem Kriege schon außerordentlich gering war. Vielfach ist das Ansehen der Beamten durch diese geringe Befolgung, weil der im freien Erwerb stehende oft nicht begreifen konnte, daß es Leute gibt, die mit einem so geringen Einkommen zufrieden waren, und der Ansicht zuneigte, daß die Leistungen und Fähigkeiten dieser gering besoldeten Beamten doch nicht sehr groß sein müßten. Es ist nicht uninteressant, sich die Einkommen der Beamten aus der Friedenszeit ins Gedächtnis zu rufen. Untere Beamten erhielten, wenn ihre Familie noch so groß war, 1400-2200 M. jährlich. Die Gehälter der mittleren Beamten bewegten sich zwischen 2000 und 6000 M. und die Gehälter der leitenden Beamten zwischen 6500 und 12000 M.

Das waren Einkommen, mit denen die Betroffenen mit ihrer Familie nur ein dürftiges Auskommen haben konnten und jährlich diesen die Säge besahen ohne Rücksicht auf die regelmäßig fortschreitende Geldentwertung, die jährlich jährlich 2.6 Prozent betrug. Alle Teuerungszulagen, die nachgedungen während des Krieges und besonders in der letzten Zeit bewilligt werden mußten, leiden mehr oder minder darunter, daß man sie bewußt oder unbewußt in ein Verhältnis zu dem schon ungenügenden Friedenseinkommen bringt, und wenn man nicht nur einen Ausgleich für die derzeitige Teuerung, sondern auch gleichzeitig einen Ausgleich für die früheren ungenügenden Befolgung schaffen will, so ergeben sich so hohe Beträge, daß Staat und Gemeinde erklären, dies nicht leisten zu können und den steuerzahlenden Bürger Entsetzen über die daraus sich ergebenden Steuerlasten erfaßt. Von einer solchen, die Festbesoldeten zufriedenstellende Regelung sind wir aber noch weit entfernt, denn auch die Teuerungszulagen hinter der wirklichen Geldentwertung noch erheblich nach und die wirtschaftliche Lage der Festbesoldeten wird demnach noch schlechter, als sie vor dem Kriege schon war.

Die freien Berufe sind demgegenüber in der glücklichen Lage, sich der Geldentwertung sofort anpassen zu können und es findet niemand etwas dabei, wenn der Rechtsanwalt die Gebühren verdreifacht, um eben seine eigenen geliegten Anwalts für Personal, Büro usw. zu beden, wenn der Arzt aus gleichem Grunde seine Rechnungen erhöht, wenn der Handwerker von Woche zu Woche seine Preise in die Höhe schiebt. Die Erklärung für diese Preissteigerung wird allgemein darin gesehen, daß der Bestehende eben infolge Lohn- und Materialsteigerung seine Arbeitsleistung nicht billiger zur Verfügung stellen kann. Ist nun aber nicht der Beamte genau in der gleichen Lage? Um seinen Beruf ausüben zu können, braucht er Stiefel, Kleider, Wäsche, Lebensmittel, Wohnung, also genau alles das, was der Rechtsanwalt, der Arzt und der Handwerker auch braucht, um seine Arbeit leisten zu können. Folgerichtig muß demnach das Einkommen der Beamten in gleichem Maße und gleich sprunghaft, wie bei den freien Berufen sich steigern. Inwiefern dies der Fall ist oder vielmehr nicht der Fall ist, soll untersucht werden.

Die Löhne der Arbeiter geben einen ziemlich genauen Maßstab für die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung. Man kann deshalb von ihnen ausgehen. Ein Bauhandwerker bezog im Jahre 1914 durchschnittlich einen Stundenlohn von 0.65 M., im Oktober 1919 = 2.35 M. und heute durchschnittlich 3.20 M. Sein Einkommen steigerte sich gegen 1914 mithin um 351 Prozent. Demgegenüber betrug die Steigerung des Einkommens bei den unteren Beamten im Jahre 1919 einschließlich aller Zulagen, wie Arbeitstageszulage, Ausgleichszulage, Beschäftigungszulage und weichen Namen die Zulagen sonst noch haben mögen, bei den ledigen unteren Beamten 224-255 Prozent bei den verheirateten Beamten ohne Kinder 248-335 Prozent. Bei den mittleren Beamten bewegt sich die Erhöhung des Einkommens für den ledigen zwischen 72 und 193 Prozent des Friedenseinkommens und für den Verheirateten zwischen 108-221 Prozent und für die 1. und 2. leitenden Beamten beim ledigen gar nur zwischen 51 und 68 Prozent und beim Verheirateten zwischen 42 und 89 Prozent, und nun vergleiche man hiermit die eingetragene Teuerung. Um nur einiges herauszugreifen: Stiefel kosten das 7-fache, Kleidung das 10-fache, von den Lebensmitteln fast das 20-fache, ja selbst der Preis des Brotes ist auf über das 8-fache gestiegen. Vergleiche man diese Preissteigerung der Lebenshaltung mit der Steigerung des Einkommens der Beamten, so ergibt sich, daß die Kaufkraft ihres Einkommens gesunken ist, und das trotz aller Teuerungszulagen und des gewiß vorhandenen Willens, den Festbesoldeten zu helfen.

Nun wendet sich gewiß die Frage auf, wie können denn die Festbesoldeten, wenn die Verhältnisse doch so schlecht sind, überhaupt noch ihr Leben fristen? Es muß doch wohl nicht so schlimm sein. Darauf ist zu erwidern: Sie frachten zunächst ihre Lebenshaltung bis zum äußersten ein und drücken sie nachgedungen auf eine so tiefe Stufe herab, einschließlich Ausbildung der Kinder, daß kein Beamter diese Kaufkraft erreichen würde, wenn er hätte ahnen können, daß er jemals auf einen so tiefen wirtschaftlichen Stand kommen könnte. Die Frauen müssen den Haushalt vernünftiger und einer Beschäftigung nachgehen, geringe Ersparnisse oder kleine vorhandene Vermögen werden aufgebraucht und so sieht der Festbesoldete für sich und seine Kinder eine düstere Zukunft vor sich liegen. Mittel und

Wege, den Beamtenstand aus dieser Lage zu befreien, müssen gefunden werden, denn Staat und Gemeinde können nicht ohne den Beamtenstand leben und gedeihen, und sie müssen bemüht bleiben, dafür Sorge zu tun, daß nicht die Not die moralische Qualität und die dienstlichen Leistungen des Beamten herabdrückt. Hingegen wird von den Beamten intensives Arbeit verlangt werden müssen und auch gerne geleistet werden. Die Lösung wird also sein: kein weiteres Anwachsen des Beamtenheeres, sondern, wenn möglich, eher ein Abbau durch Vereinfachung der Verwaltung, aber ausreichende Bezahlung dieses auf das Notwendige beschränkten Beamtenkörpers, eine Bezahlung, die im Grundhalt zunächst der Vorbildung und Leistung angepasst wird und durch Zulagen automatisch mit dem jedesmaligen Geldwert im Einklang gebracht wird.

#### Warum hat Sandhofen bis heute noch keine Elektrische und woran liegt die Schuld?

Diese Frage bildet, so wird uns geschrieben, seit langem das Charakteristikum von Sandhofen; keine Stunde des Tages vergeht, in der nicht von Mund zu Mund diese Frage gestellt wird. Unter diesem Zeichen stand auch die 1000köpfige Versammlung am Mittwochabend im Gasthaus „zum Flug“. Begreiflicherweise waren die Gemüter auch in dieser Versammlung erregt, weil niemand in der Lage war, über die Straßenbahn-Unternehmung unabhängige Auskunft zu geben und kein einziger Einwohner Sandhofens für eine verlässliche Entschuldigung der Bauhauausführung Verständnis haben kann. So hat also die Versammlung sich gegen die verantwortliche Stadtverwaltung zu einer förmlichen Protestversammlung herausgebildet. Der mißwählende Stadtrat Krämer sowie die Stadtratsordneten Schmeizer und Diebl haben sich als Vertrauensmänner der Sandhofener sich diesem Protest ausdrücklich angeschlossen.

Auftragsgemäß richten wir hiermit an die verehrliche Stadtverwaltung das Ersuchen um öffentliche Auskunft über den derzeitigen Stand der Dinge, warum die Bauausführung der Straßenbahnlinie bis Sandhofen über Gebühr verzögert worden und für wann spätestens die Inbetriebnahme der Straßenbahn in vollwertiger Weise zu erwarten ist. Die Stadtverwaltung ist die Repräsentantin der Gesamtgemeinde, zur Gesamtgemeinde gehört bekanntlich auch Sandhofen. Der Stadtteil Sandhofen zählt 12000 Einwohner und stellt eine beträchtliche Steuerkraft dar. Innen- und Vorstadt Sandhofen sind wirtschaftlich aufeinander angelehnt. Das bemerkt schon der Herzensstich der Innen- und Vorstadt Sandhofen. Folglich wird die verehrliche Stadtverwaltung sich nicht der Überzeugung verschließen können, daß sie dazu berufen ist, ihren hülfsbedürftigen Kommunalverbandsangehörigen zu sagen, warum in Punkte der Straßenbahn die lichtverheißende hoffnungreiche Einverleibung sich immer noch im Stadium einer gewissen Verflechtung zeigt und die Sandhofener in Verdringung mit den übrigen Stadtteilen eher von einer Ausverleibung als von einer Einverleibung sprechen müssen. Sind denn die Sandhofener weniger wert als die Einwohner der übrigen Stadtteile, die alle mit dem Straßenbahnbau eng und lebhaft verbunden sind? Sollen sie auf Schule, Fortbildungsturse, Arbeitslosigkeit, Kauf und Verkauf, Handelsbeziehung, Theater, sollen sie auf alles das verzichten, weil sie tagtäglich eine Art für sich nicht ausreichende, zeitlich höchst knapp beschränkte, des Abends überhaupt keine Verbindung mit ihrer stielmütterlichen Innenstadt haben? Wir entbehren nicht des einfachsten Empfindens zu der Erkenntnis, daß der Kriegsjahre wirtschaftliche Depression auch auf dem Straßenbahnbau sich gezeigt hat und noch sichtbar ist, allein es darf im Schoße der Stadtverwaltung, der Not gehorchend, nicht davon fehlen, zu wissen und energisch darnach zu handeln, daß das Vordringliche vom Dringlichen zu unterscheiden ist und die Straßenbahnbauführung bis Sandhofen unter allen Umständen zweifelsfrei zu der vordringlichsten Aufgabe gehört.

Ein Lichtblick soll es sein, wenn verlautet, daß die Einverleibung des Gebietes bis zur Zellstofffabrik in das städt. Straßenbahnbau unmittelbar bevorsteht. Wie dieser Betrieb gedacht ist nach Fahrplan und Fahrpreis, darüber fehlt es ebenfalls noch an jeder Auskunft. Wir bitten die Stadtverwaltung, auch hierüber sich öffentlich zu äußern. Ebenso über die Zweckmäßigkeit der in der Versammlung als Rotbeißel angeregten Einrichtung eines Pendelverkehrs zwischen Zellstoff und Sandhofen und wie ein solcher Pendelverkehr geartet ist.

#### Die Krise im Gastwirtsgerwebe.

In Freiburg lagte, wie uns dort geschrieben wird, im „Europäischen Hof“ der Verein Schwarzwälder Gastwirtsbesitzer, um in letzter Stunde Mittel und Wege zu finden durch die eine Schließung der Küchenbetriebe vermieden werden kann. Die Versammlung sprach sich dahin aus, daß die Ehre des Standes verbiete, sich den Rürungen des Wuchergerichts auszugeben; weiter war man einmütig der Ansicht, daß dieses Ausnahmegesetz einen Stand schwer treffe, der bemüht ist, einen wesentlichen Teil der Ernährungsfrage durch berechnete Selbsthilfe zu lösen. Es ist bisher weder der Gesehgeber noch die Rechtsprechung dazu übergegangen, für den Einzelnen oder den Familienverleger wegen der eigenmächtigen Beschaffung von Lebensmitteln Ausnahmegesetze von drakonischer Härte durchzuführen; weshalb sollen nun die Gastwirte, die im Wesentlichen auch nichts anderes tun, als die Familienverleger vor Ausnahmegesetzen stellen und mit Zuschüssen und schweren Gefängnisstrafen verfolgt werden? Deshalb wehren sich die Gastwirte hauptsächlich gegen die geplante scharfe Bestrafung, weil darin ein schweres Unrecht liegt und

women und veranstalten am 23. Februar im Kasinoaal ein Konzert mit gefanglichen Darbietungen und Vorträgen auf zwei Abenden.

(Anthroposophische Gesellschaft.) Das vielumstrittene Problem „Goethes Verhältnis zur Religion“ wird in 7 Vorträgen Dr. Obenaue aus Darmstadt im Versammlungssaal des Hofgartens behandelt. Redner war vor dem Krieg Deutschler Rektor an der Universität Paris und hat neuerdings in Darmstadt und Heidelberg in Goethe-Vorträgen versucht, von neuen Gesichtspunkten aus das Weite in Goethe zu vermitteln und das geistige Fundament zu zeigen, auf dem Goethes ganzes Leben ruht. Die Vorträge — jeweils am Mittwoch — beginnen am 18. Februar.

(Mannheimer Künstler auswärts.) Gelegenheit des Weihnachtsabends, den Walter Heberg in Leipzig gab, urteilte der bekannte Kritiker Prof. Max Steiniger u. a.: „Der Weihnachtsabend von Walter Heberg im Friedrichsaal zeigt, daß dieser Künstler unbedingt ernst zu nehmen ist. Wer, noch nicht zwanzigjährig, derartig unbedeutende Sicherheit alles Technischen und Kunstlichen in einer so umfangreichen Probenreihung erreicht, hat dem Zuschauer, Ernst und Arbeit der Vorbereitung einen so hohen Grad erreicht haben, von dem kann man auch einen hochwertigen Gehalt der angeführten Schumann- und Liszt-Abende erwarten“ usw.

#### Aus dem Kunstleben der Pfalz.

(Das Landes-Symphonie-Orchester) rüstet sich, seine erste Konzertreihe in die pfälzischen Städte anzutreten. Ein ausserordentlich in jedem Konzert wechselndes Programm wird der musikalischen Bevölkerung zeigen, wie ansehnlich an der künstlerischen Vollendung des großen Orchesters gearbeitet wurde. Man darf dieser Woche der Eröffnungskonzerte mit Recht eine geschichtliche Bedeutung beilegen, tritt doch damit die Pfalz mit einem Unternehmen vor die ganze deutsche Öffentlichkeit, das in seinem Entstehen und in seinem grundsätzlichen Aufbau bis jetzt einzig dasteht.

#### Kunst und Wissenschaft.

(Frankfurter Theater.) Unter den wahrheitsbelebenden Nachfolgern des Frankfurter Generalintendanten Joch wird auch der bekannte Musikkritiker der Frankfurter Zeitung Paul Becker genannt, der für die Leitung des Opernhauses in Frage kommen würde. Paul Becker war bereits Kandidat des Preussischen Kultusministeriums für das Amt des Intendanten der Berliner Staatsoper. Er fand aber in Berlin nicht die Zustimmung des Personalrat, das statt seiner Max von Schilling wählte.

(Dr. Eugen Allan) hat die Leitung des Schauspielers im Rührberger Stadttheater übernommen, vorläufig nur für wenige Monate; der „Frankfurter Kurier“ tritt energisch dafür ein, Dr. Allan dauernd zu verpflichten.









**National-Theater.**  
Dienstag, den 10. Februar 1920  
20. Vorstellung im Abonnement für II. Quartett: B 24)  
Schnitzler-Abend  
**Der Puppenspieler**  
Hierauf:  
**Der Familientag**  
(Komtesse Nixal)  
Anfang 6 Uhr. Kleine Preise. Ende 8 Uhr.

**Rosengarten — Nibelungensaal**

Donnerstag, den 12. Februar,  
abends 7.30 Uhr.

**Begrüßungs-Feier**

zu Ehren der aus französischer Kriegsgefangenschaft i. Durchgangslager Mannheim eingetroffenen Heimkehrer.

Begrüßungsansprache durch einen Vertreter der Kriegsgefangenen-Heimkehr. Vorträge von Mannheimer Gesangsvereinen.

**BUNTER ABEND**

unter Mitwirkung von Mitgliedern des Nationaltheaters und anderen beliebigen Mannheimer Künstlern. Leitung: Alex Kikert. An der Orgel: Musikdirektor Heinrich Lenz. Kapelle des ehemaligen Grenadier-Regts. Nr. 119 unter Leitung von Musikmeister Heisig.

Elektrikarten (zu Mk. 6, 4, 3, 2, 1). Vorverkauf in der Hofmusikalienbldg. Heckel, O 2, 10, im Mannheimer Musikhaus, P 7, 14a und im Zigarrenhaus Aug. Kremer, D 1, 5/6, sowie an der Rosengartenkasse (von 11 bis 1 Uhr vormittags und 3-5 Uhr nachmittags) und an der Abendkasse. 1922

Professor **ANSORGE**

Conrad  
Dienstag, 10. Febr., 7 Uhr. Musensaal  
**Beethoven-Abend**  
Die Sonaten op. 31 Nr. 2, op. 33, op. 26, op. 111.  
Karten Mk 8, 6, 4, 2. Mannheimer Musikhaus P 7, 14a und Abendkasse. 950

**Künstlertheater, Apollo**

Heute und folgende Tage 1900  
**AFRA** und die übrigen Attraktionen  
In den oberen Räumen Kabarett.

**Palast-Theater**  
Die Herrin der Welt  
**König Makombe!**

**Musensaal.**  
Samstag, 14. Februar, 7 1/2 Uhr  
**Vortrag mit Lichtbildern**  
gehalten von

**Otto von Scherbening**  
als Pfanner Jäger und Soldat  
von 1907-1919 in  
**Deutsch-Ostafrika.**

Selbsterlebtes aus dem dunklen Erdteil veranschaulicht durch zahlreiche, interessante, eigene Landschafts-, Jagd- u. Kriegsaufnahmen. 1792  
Karten Mk 3, 2, 1, — (für Lehrer und Schüler Mk 1,50, 1, —, —) im Mannheimer Musikhaus, P 7, 14a und Abendkasse.

**Kabarett Rumpelmayer**  
1/8 Uhr das Attraktionsprogramm

**D. H. V., Mannheim.**

Mittwoch, 11. Febr., Vereinsheim  
C 4, 11, 11, 6 Uhr 1920  
Vertrauensm.-Sitzung  
**Mantelabkommen**  
7 1/2 Uhr: Geschäftsführ. Bericht  
über „Betriebsräte“  
anschließend Krankenkassen-Hauptversammlung  
der Verwaltungsteile Mannheim.  
Der Vorstand.

**Weinrestaurant Bachus, G 5, 7**

**Neueröffnung**  
Donnerstag, 12. Februar  
Vollständig neu renoviert  
**ff. Weine. Gute Küche.**  
22963 Karl Buchenau.

**Elegante Frisuren**

Haltbare Ondulationen  
Naturgetreuen Haar-Ersatz  
Belle Preise. 1910  
**Damenfriseur Hammel**  
Q 1, 2, Entresol. Breitestrasse.

**Colosseum — Walhalla**  
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag! In beiden Theatern!  
**Die Herrin der Welt**  
6 Akte! Film-Zyklus in 8 Fortsetzungen. 6 Akte!  
Erster Teil:  
**Die Freundin des gelben Mannes**  
1912 In der Hauptrolle: **MIA MAY.**  
Letzte Vorstellung ab 8 Uhr. Man sichere sich rechtzeitig Plätze.  
Nur noch 3 Tage Anfang 6 Uhr

**K1,5a**  
**SCHAUBURG**

Ab heute!  
Die künstlerische Sensation!

**Eva May**

die unerreichte Künstlerin in ihrer  
Glanzleistung

**Das törichte Herz**

In 4 schicksalreichen Abteilungen  
begeistert ihre Anhänger  
durch ihr zartes, seelenvolles Spiel  
von neuem

**Charlotte Böcklin**

die grosse Tragödin  
in  
**Das Lied der Pußta**

oder  
**„Der Teufelsgeiger“**

Eine Tragödie aus dem Künstlerleben  
in 4 hochdramatischen Abteilungen.  
Ein Bild, wie es packender und ergreifender nicht gedacht werden kann.

**Erstkl. Piano,**  
(Präzisionsmarke, Eiche) auch als  
Automat mit 10 Big Einwurf  
mit 2 Walzen je 6 Stücke spielend,  
gut erhalten 6000 RT.

**Tonkünstler Cello,** 800 RT.  
**Erstkl. Violine** mit prima Bogen u.  
Borntafeln 150 RT.

Sehr guter **Sprechapparat,** 160 RT. Neue  
Platten 16 RT.  
Hobeln 200 Stück 1 RT.

Mandolinen 75 M., Laufen 160 M., Gitarren 85 M.  
**Musikhaus Markus**  
Schweizerstraße 49. 566

**VORANZEIGE!**  
Ab Freitag, 13. Februar:  
1964  
**Alkohol**  
**Palast-Theater**  
Weitere Veröffentlichungen folgen morgen.

**Herren - Stoffe**  
Täglich Eingang von Neuheiten!  
**Krieger & Kiessling**  
S 6, 36 MANNHEIM 1962 S 6, 36

In  
**Q 4, 1**  
verkauft man zu den  
höchsten Preisen  
**Gold-Silber**  
und andere Edelmetalle.  
Nur noch kurze Zeit = Reelle Bedienung.  
**Günther-Sommer**  
**Q 4, 1**  
2 Treppen.

557 **Dampfkessel**  
**Dampfmaschinen - Lokomobilen**  
**Maschinen aller Art**  
— auch zur Selbstdemontage —  
zu kaufen gesucht.  
Angebote unter N. T. 144 a. d. Geschäftsstelle ds. Bl.

**KL** **Kammer-**  
**Lichtspiele**  
D 2, 6  
Nächst Paradeplatz.  
Nur noch 3 Tage  
der grosse Nils-Christanderfilm  
**Die weißen Rosen**  
von **Ravensberg**  
  
Drama in 6 Akten mit  
**Hans Adalbert Schlettow.**  
Dieser Film ist entschieden einer der schönsten und vornehmsten Filme, die bisher gezeigt wurden.  
Infolge des grossen Andrangs zur Abendvorstellung wird gebeten, die erste Vorstellung zu besuchen. 1948  
Kassenöffnung 7/8 Uhr.

**Privat-Tanzschule A 2, 3. Tel. 1388.**  
Mitte Februar beginnt wieder ein schöner  
**KURSUS**  
u. bitte um weitere persönl. Anmeldungen.  
1874 **Otto Hetsel, Tanzlehrer.**

**RADIERUNGEN**  
SELTENE GELEGENHEITSKAUF  
Wertvolle Originale erster  
= anerkannter Künstler = B266  
Ansehen und ganz billig erhältlich an  
sämtlichen Werktagen (ausser Samstag)  
von 1/6-1/7 Uhr Werderplatz 6, 1 Treppc  
(bei Christuskirche).

**Flechten Wunden**  
offene Flecht-  
Kampfer-  
wunden heil-  
t sich in ver-  
zweifelten  
Fällen mögl.  
Überraschendem Erfolg die **hautbildende**  
schmerz- u. juckreizstillende „**Vater Philipp**“  
**Salbe**. Preis 3,- und 5,70 M.; überall zu  
haben. Man hüte sich vor Nachahmungen und  
bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei **TUTOGEN-  
LABORATORIUM, Dresden-Zschachwitz 213.** E4

**Gesichtshaare**  
Wurzeln, Labialhaare  
entfernt mittels Elek-  
trolyse für dauernd  
unter Garantie,  
Acetyl, Empfehlung der  
Spezialstelle für **L. Maier P 1, 6, Mannheim**  
Hauptgeschäft gg. Lindertstr.  
15jährige Praxis.

**Uhren-Reparaturen**  
Jeder Art 577  
Taschenuhren, Wanduhren und Wecker  
wird schnell u. billig und Garantie  
ausgel. Nehme auch Gold- u. Silber-  
arbeiten an. Trauringe werden ange-  
liefert. **Uhrenwerkstatt E. Z. 9**  
**H. Sosnowski. E. Z. 9**

1. Württembergische  
**Geld-Lotterie**  
zu Gunsten der am Elbsch-Loch-Lagen Vertriebsstelle  
**Ziehung am 19. Februar 1920**  
4800 Geldgewinne mit zusammen Mark  
**76000**  
10000, 2000  
Lose zu Mk. 15,-, 10,-, 5,-, 2,-, 1,-, 50 Pfg. nicht  
zu beziehen durch die Oberste Lotteriekasse  
**Eberhard Feizer, Karlsruhe**  
Ostendstraße 6 - Postfachkonto 19870  
Hier bei allen Verkaufsstellen  
Hier bei: J. Stürmer, Generalagent, M. Herz-  
berger, Lot.-Einnehmer, August Schmitt, Adrian  
Schmitt, E. Friedenberger & Co.; in Heddes-  
heim b. Mannheim: J. F. Lang Sohn. 2165

**Brennholz**  
(Hartholz) 704  
in Scheiten u. Prögel, sowie **Stich-**  
**torf** in Klötzen, wagonweise abzugeben.  
**Peter Eckes, Ladenburg.**